

Antrag

der Fraktion Die Linke

Aufrüstung ist keine Chance für Thüringen, sondern kurzfristig und gefährlich – nur ziviles Wirtschaften kann Zukunft gestalten

Die Präambel der Verfassung des Freistaats Thüringen enthält unter anderem die Verpflichtung, „der Verantwortung für zukünftige Generationen gerecht zu werden“ und „inneren wie äußeren Frieden zu fördern“. Die nachhaltige Lösung von Konflikten auf unserer Welt gelingt nur mit dem Mittel der Diplomatie, denn Krieg kann und darf – zumal in Zeiten von Atomwaffen – kein Mittel der Politik sein. Eine strikte Beachtung des Völkerrechts ist dabei genauso unerlässlich wie die Notwendigkeit, strukturelle Nichtangriffsfähigkeit der einzelnen Staaten beziehungsweise Militärbündnisse zu erreichen. Dafür braucht es wirksame Rüstungskontrolle und Abrüstungsinitiativen.

Mehr Waffen schaffen nicht mehr Sicherheit, nicht für die Bundesrepublik Deutschland, nicht in Europa und auch nicht weltweit. Deshalb haben viele Experten, zivilgesellschaftliche und politische Akteure die Aufhebung der Schuldenbremse für eine ungebremste Aufrüstung von Beginn an kritisiert, genauso wie die fortschreitende Militarisierung der gesamten Gesellschaft im Sinne einer sogenannten Kriegstüchtigkeit, die wohl auch die Wiedereinführung der Wehrpflicht umfassen soll.

Auch in Thüringen ist offensichtlich die Aufrüstung als vermeintliche Strategie salonfähig geworden und wird in Ermangelung anderer Konzepte jetzt als probates Mittel gegen die Deindustrialisierung beworben. So sieht die Landesregierung in Persona des Ministerpräsidenten hier neue „Chancen“ für die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts.

I. Der Landtag stellt fest:

1. Das Friedensgebot im Grundgesetz und in der Verfassung des Freistaats Thüringen ist und bleibt Basis für verantwortliche Politik auch in Thüringen.
2. Zu Recht definiert das Grundgesetz Rüstungsproduktion als Ausnahmeetatbestand, der gesonderter Genehmigungen bedarf, weil diese eben nicht vergleichbar mit anderen Wirtschaftszweigen und -gütern ist.
3. Wirtschaftswachstum in Thüringen ist langfristig nur mit einer nachhaltigen Wirtschaft im Zuge einer sozial-ökologischen Transformation zu erreichen.

4. Arbeitsplätze und Wertschöpfung (inklusive Steuereinnahmen) können nicht mit einer Industriepolitik gesichert werden, die auf wachsende internationale Spannungen und dauerhafte militärische Konflikte und globale Kriege – also auf stetige Nachfrage nach Rüstungsproduktion – setzt.
5. Deutschlands Rolle als einer der größten Exporteure von Waffen und Munition wird der historischen Verantwortung aus unserer Geschichte nicht gerecht und gefährdet die Zukunft Thüringens, ja der gesamten Menschheit.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. keine Akquise von Rüstungsunternehmen für Thüringen zu betreiben;
2. keine Privilegierung von Ansiedlungsabsichten für Rüstungsinvestitionen im Vergleich zu anderen Investitionen zuzulassen, zum Beispiel bei Fragen des Flächenverkaufs, des Emissionsrechts, der Gefahrenprognose für die Umwelt und Menschen, der Bürgerbeteiligung vor Ort, der Fördermittelvergabe und so weiter;
3. keine Aufweichung der Vorgaben der Zivilklausel im Thüringer Hochschulgesetz durch die einzelnen Einrichtungen zu akzeptieren;
4. Forschungsförderung für sogenannte Dual-Use-Güter transparent zu machen und klar zu regulieren mit dem Ziel, dass die Weiterverarbeitung nachweislich zivilen Zwecken dient;
5. soweit derzeit in Thüringen Produktion von Rüstungsgütern oder sogenannten Dual-Use-Gütern schon stattfindet, auf alle Akteure dahin gehend einzuwirken, dass bestehende Produktionen nur für zivile Nutzungen zur Verfügung gestellt werden; dazu soll bis zum 30. April 2026 von der Landesregierung unter Einbeziehung von Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden ein Konzept zur Konversion bestehender Rüstungs-(Defense-)Produktionen in Thüringen erstellt und dann unverzüglich dem Landtag zur Beratung vorgelegt werden;
6. im Bundesrat und in allen anderen geeigneten Formaten klar und erkennbar gegen die Pläne der Europäischen Kommission zur Teilumwidmung von Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und/oder dem Europäischen Sozialfonds sowie des Horizon-Europe-Forschungsprogramms zu Gunsten von Aufrüstung zu intervenieren;

Begründung:

Unsere Wirtschaft erlebt einen tiefgreifenden Strukturwandelprozess, der existenzielle Herausforderungen gerade auch für die industrielle Basis des Wirtschaftsstandorts mit sich bringt. Die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und damit die langfristige Zukunft von guter Arbeit und sicheren Arbeitsplätzen in Thüringen steht auf dem Spiel. Die Dekarbonisierung der Produktionsprozesse im Rahmen eines sozial-ökologischen Wandels ist nicht nur der Schlüssel, unseren Planeten lebenswert zu erhalten, sondern auch der Weg, industrielle Wertschöpfung in Thüringen zukunftssicher zu gestalten. Die Landesregierung steht in der Verantwortung, diesen Prozess aktiv zu unterstützen und voranzutreiben. Die Fokussierung auf vermeintliche Zukunftsperspektiven der Wirtschaft in Thüringen im Rüstungsbereich ist ein Irrweg, weil dieser alles andere als nachhaltig ist. Die Verschwendung unermesslicher Ressourcen für eine sich immer schneller drehende Rüstungsspirale entzieht uns die notwendigen Ressourcen, die Zukunft unseres Landes und seine wirt-

schaftliche Leistungsfähigkeit zu sichern. Wer meint, die Zukunftschancen unserer Wirtschaft könnten auf wachsende Nachfrage nach Rüstungsproduktion aufgebaut werden, hat weder die Folgen für Klima und Umwelt noch die Folgen einer militärischen Eskalationsspirale im Blick.

Für die Fraktion:

Mitteldorf